



Kaum verabschiedet, steht ein zentrales Element der französischen Umweltpolitik bereits wieder auf dem Prüfstand. Die Abschaffung der sogenannten Niedrigemissionszonen (ZFE) durch ein ursprünglich rein technisches Gesetz hat eine politische Dynamik ausgelöst, die nun vor dem Conseil constitutionnel entschieden wird. Was als Verwaltungsvereinfachung begann, ist zu einem Grundsatzkonflikt über die Prioritäten staatlichen Handelns geworden.

Ein technisches Gesetz mit politischer Sprengkraft

Der Gesetzentwurf zur „Vereinfachung des Wirtschaftslebens“ war ursprünglich darauf angelegt, bürokratische Hürden für Unternehmen abzubauen. Im parlamentarischen Verfahren wurde der Text jedoch sukzessive erweitert und inhaltlich überfrachtet. Die Aufnahme der Abschaffung der Umweltzonen (ZFE) markierte dabei einen entscheidenden Wendepunkt.

Mit einer Mehrheit von 275 gegen 225 Stimmen verabschiedete die Nationalversammlung schließlich ein Gesetz, das weit über seinen ursprünglichen Zweck hinausgeht. Die ZFE, bislang ein Kerninstrument der Luftreinhaltepolitik in großen Ballungsräumen, sollten damit vollständig aufgehoben werden.

Getragen wurde diese Entscheidung von einer Allianz konservativer und rechtspopulistischer Kräfte. Für sie steht die Maßnahme exemplarisch für eine Abkehr von einer als bevormundend empfundenen Umweltpolitik. Der Begriff der „ökologischen Bestrafung“ ist dabei zum politischen Schlagwort geworden. Demgegenüber sehen linke Parteien sowie Teile der Regierungsmehrheit in der Entscheidung einen Bruch mit den klimapolitischen Verpflichtungen Frankreichs.

Die Umweltzone als Brennpunkt sozial-ökologischer Konflikte

Die Einführung der ZFE geht auf das Klimagesetz „Climat et Résilience“ zurück, das unter Präsident Emmanuel Macron verabschiedet wurde. Ziel war es, die Luftqualität in urbanen Räumen durch schrittweise Einschränkungen besonders emissionsintensiver Fahrzeuge zu verbessern.

Schon in der Umsetzungsphase stießen die Maßnahmen auf erheblichen Widerstand. Kritiker



verwiesen insbesondere auf die sozialen Kosten: Haushalte mit geringem Einkommen seien überproportional betroffen, da sie sich den Umstieg auf neuere, weniger schadstoffintensive Fahrzeuge häufig nicht leisten könnten. In ländlichen Regionen und Vorstädten verstärkte sich zudem das Gefühl, von einer urban geprägten Umweltpolitik benachteiligt zu werden.

Gleichzeitig ist die gesundheitliche Dimension unbestritten. Luftverschmutzung gilt als eine der zentralen Umweltgefahren in Europa und wird mit zehntausenden vorzeitigen Todesfällen jährlich in Verbindung gebracht. Aus dieser Perspektive erscheinen Umweltzonen als unverzichtbares Instrument, um internationale Verpflichtungen einzuhalten und langfristige Gesundheitskosten zu senken.

Der Konflikt zwischen sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Notwendigkeit tritt hier in seiner schärfsten Form zutage.

Der Gang vor das Verfassungsgericht

Die Anrufung des Conseil constitutionnel durch sozialistische und grüne Abgeordnete folgt einer doppelten Logik: juristisch und politisch.

Im Zentrum der juristischen Argumentation steht der Vorwurf des sogenannten „cavalier législatif“. Gemeint ist die Praxis, sachfremde Bestimmungen in ein Gesetz einzufügen, die keinen unmittelbaren Bezug zum ursprünglichen Regelungsgegenstand haben. Die französische Verfassungsrechtsprechung hat solche Vorgehensweisen wiederholt beanstandet.

Darüber hinaus wird die Abschaffung der ZFE inhaltlich angegriffen. Die Kläger argumentieren, dass sie gegen die in der Verfassung verankerte Umweltcharta verstoßen könnten. Diese verpflichtet den Staat, Umwelt- und Gesundheitsrisiken aktiv zu bekämpfen. Eine ersatzlose Streichung zentraler Maßnahmen könnte daher als verfassungswidrig gelten.

Nicht zuletzt ist der Schritt auch politisch motiviert. Angesichts einer parlamentarischen Mehrheit, die sich gegen die ZFE gestellt hat, soll das Verfassungsgericht als Korrektiv fungieren. Es ist ein Versuch, die ökologische Dimension der Politik über den juristischen Weg zu sichern.



Eine Regierung im Spannungsfeld

Bemerkenswert ist die ambivalente Rolle der Exekutive. Die Regierung hatte sich gegen die Abschaffung der ZFE ausgesprochen und versucht, im parlamentarischen Verfahren einen Kompromiss zu erreichen. Dieser scheiterte jedoch.

Nun ergibt sich eine ungewöhnliche Konstellation: Die Regierung könnte von einer möglichen Aufhebung des Gesetzes durch das Verfassungsgericht profitieren. Eine entsprechende Entscheidung würde es ihr ermöglichen, die ZFE beizubehalten, ohne erneut eine politisch riskante Abstimmung im Parlament durchlaufen zu müssen.

Diese Situation verdeutlicht die Fragmentierung der politischen Landschaft in Frankreich. Selbst innerhalb der Mehrheitsverhältnisse gibt es keine einheitliche Linie mehr in zentralen Fragen der Umweltpolitik.

Der Verfassungsrat als politischer Akteur

Die anstehende Entscheidung des Conseil constitutionnel hat weitreichende Implikationen. Sie betrifft nicht nur die Zukunft der ZFE, sondern auch grundlegende Fragen des institutionellen Gleichgewichts.

Zum einen geht es um die Grenzen parlamentarischer Gesetzgebung. Wie weit darf ein Gesetz im Laufe des Verfahrens inhaltlich verändert werden, ohne seinen ursprünglichen Charakter zu verlieren? Eine strenge Auslegung könnte die Praxis der Gesetzgebung nachhaltig verändern.

Zum anderen steht die Rolle der Umwelt in der Verfassungsordnung zur Debatte. Seit der Integration der Umweltcharta in den sogenannten „bloc de constitutionnalité“ im Jahr 2005 hat sich die Bedeutung ökologischer Prinzipien stetig erhöht. Eine Entscheidung zugunsten der Kläger könnte diesen Trend verstärken und Umweltpolitik stärker justiziabel machen.

Eine Verschiebung politischer Konfliktlinien

Der Streit um die ZFE ist mehr als ein Einzelfall. Er steht exemplarisch für eine tiefgreifende Verschiebung politischer Konfliktlinien in Frankreich. Während ökologische Ziele lange Zeit



Die Umweltzone vor dem Verfassungsrat: Frankreichs Klimapolitik zwischen sozialem Druck und juristischer Klärung

weitgehend konsensfähig waren, treten nun ihre sozialen Kosten stärker in den Vordergrund.

Die Debatte erinnert in Teilen an die Proteste der „Gilets jaunes“, die sich ebenfalls gegen als ungerecht empfundene Umweltmaßnahmen richteten. Sie zeigt, dass Klimapolitik ohne soziale Abfederung auf erheblichen Widerstand stoßen kann.

Gleichzeitig wächst der internationale Druck. Frankreich ist an europäische Luftqualitätsrichtlinien gebunden und steht unter Beobachtung der EU-Institutionen. Ein Rückbau bestehender Maßnahmen könnte daher auch auf europäischer Ebene Konsequenzen nach sich ziehen.

Am Ende wird die Entscheidung des Verfassungsrats nicht nur eine juristische Klärung bringen, sondern auch ein politisches Signal senden. Sie wird darüber Auskunft geben, wie weit Frankreich bereit ist, ökologische Verpflichtungen gegen kurzfristige soziale und wirtschaftliche Interessen zu verteidigen – oder ob sich eine neue Prioritätensetzung abzeichnet.

Autor: P. Tiko